

**18.4089****Motion FK-NR.****Ortsübliche Bau- und Mietpreise  
für Verwaltungseinheiten  
mit dezentralen Standorten****Motion CdF-CN.****Unités administratives  
sur des sites décentralisés.  
Pour une application des prix  
de construction et de location usuels****CHRONOLOGIE**

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.03.19

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.19

**Le président** (Fournier Jean-René, président): Vous avez reçu un rapport écrit de la commission. La commission propose, par 8 voix contre 0 et 1 abstention, d'adopter la motion. Le Conseil fédéral propose le rejet de la motion.

**Germann** Hannes (V, SH), für die Kommission: Es war ja die Finanzkommission des Nationalrates, die diese Motion verfasst hat, die im Nationalrat mit 178 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine Mehrheit gefunden hat. Was war der Auslöser? Die Kommission hat bei Prüfungen vor Ort festgestellt, dass in Verwaltungseinheiten mit dezentralen Standorten wie etwa dem Bundesamt für Wohnungswesen in Grenchen oder auch Agroscope mit ihren verschiedenen dezentralen Standorten Mietpreise verrechnet werden, die weit über den örtlichen Verhältnissen liegen. Durch diese zu hohen Preise wird die finanzielle Lage dieser Verwaltungseinheiten an dezentralen Standorten künstlich verschlechtert. Sie sind dadurch weniger attraktiv. Die Kommission hat auch noch angeführt, die Rechnung des Bundes werde dadurch unnötig aufgeblättert und die Attraktivität dezentraler Standorte aus Sicht der Bundesfinanzen geschränkt.

Wir haben in unserer Kommission lange mit einer Abänderung der Motion geliebäugelt. Wir wollten auch das Dezentralisierungskonzept des Bundes im Grunde genommen stärken. Wir sind dann aber nach reiflicher Überlegung in der zweiten Beratung in der Kommission zum Schluss gekommen, dass wir bei der Motion des Nationalrates bleiben und nicht noch einmal eine neue verfassen, die noch einen neuen Inhalt aufnimmt, nämlich die Dezentralisierungsstrategie, sondern dass es hier lediglich um die Verrechnung gehen soll.

Die Kommission ist damit der Ansicht, dass es sich bei der Methode der Berechnung der Mietpreise für Verwaltungseinheiten und der Dezentralisierungsstrategie um zwei unterschiedliche Themen handelt. Darum haben wir letztlich, indem wir auch die Überlegungen der nationalrätslichen Kommission bzw. des Nationalrates teilen, beschlossen, an dieser Motion festzuhalten. Das ist dann mit 8 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung geschehen.

Der Bundesrat beantragt, wie gesagt, die Motion abzulehnen. Ich denke aber, angesichts der überwältigenden Mehrheit des Nationalrates und auch des klaren Resultates in unserer Finanzkommission sind wir gut beraten, die Motion anzunehmen.

**Häberli-Koller** Brigitte (C, TG): Ich möchte hier den Präsidenten unserer Finanzkommission unterstützen. Sie sehen, in der Begründung wird auch explizit die Situation bei Agroscope angesprochen. Wir befinden uns ja auch in der Diskussion über die geplante Strategie der Zentralisierung gerade bei Agroscope immer noch ein wenig im Kampf mit dem Bundesrat. Ich spreche mit "wir" vom Kanton Thurgau und von unserem Standort in Tänikon. Auch dies ist ein weiterer Aspekt, den es hier eben schon zu diskutieren gilt. Mit den überhöhten Bau- und Mietkosten schwächen wir natürlich gerade die dezentralen Standorte, die viel zu bieten haben und, um beim Beispiel Agroscope zu bleiben, mit ihren Forschungsmöglichkeiten im ländlichen Gebiet auch wesentlich zu einer guten und zeitgemässen Forschung für die Landwirtschaft beitragen können.



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2019 • Siebente Sitzung • 18.09.19 • 08h15 • 18.4089  
Conseil des Etats • Session d'automne 2019 • Septième séance • 18.09.19 • 08h15 • 18.4089



Ich glaube, es ist deshalb wichtig, dass wir, wie Herr Germann ausgeführt hat, im Sinne der Kommission entscheiden und diese Motion annehmen.

**Maurer** Ueli, Bundespräsident: Die Diskussion und diese Motion sind ja rund um das Bundesamt für Wohnungswesen entstanden. Wir haben dort Gebäude, und diese Gebäude verursachen Kosten, die auf den Mieter überwälzt werden. Wenn Sie ein Mietermodell einführen, das sich an den marktüblichen Preisen orientiert, dann machen wir auf diesen Liegenschaften Verluste, weil die Kosten nicht gedeckt werden. Irgendjemand muss sie dann decken, oder wir verkaufen diese Liegenschaften, wie auch immer.

Aber es ist ja eine interne Rechnung. Die Gebäude werden bei uns durch das Bundesamt für Bauten und Logistik verwaltet, und das BBL muss die entstehenden Kosten in Form von Mieten überwälzen. Wir haben dazu zwei Modelle: Dort, wo ein Angebot besteht und wo man auch etwas anderes machen könnte, werden marktübliche Mietpreise angewendet, weil dort ein Markt besteht. Dann haben wir die Gebäude, bei denen einfach die fixen Kosten bestehen; als Beispiel dafür können Sie das Bundeshaus Ost oder das Bundeshaus West nehmen. Die gehören uns nun einmal, und da werden die Kosten überwälzt. Diese Kosten sind eigentlich für den Platz Bern zu teuer, aber sie sind nun einmal so.

Wenn wir das nicht mehr so machen können und Ihre Motion umsetzen müssen, dann entstehen irgendwo wahrscheinlich Verluste, weil die Kosten nicht mehr voll überwälzt werden können. Jetzt können wir das dem Parlament verrechnen – Sie verursachen ja diese Unterdeckung. Mir ist schon klar, dass das nicht geht, aber irgendwo entstehen dann einfach Verluste. Von der Umsetzung dieser Motion können Sie also einfach keine Wunder erwarten, weil wir nun einmal Liegenschaften haben, die uns gehören, die Kosten verursachen und die wir nicht abstoßen können. Wenn Sie die Motion annehmen, können wir aber einmal versuchen, das in einem Bericht aufzuzeigen. Das ändert aber nichts daran.

Erwarten Sie also einfach keine Wunder, wenn Sie diese Motion trotz unseres Widerstandes annehmen. Die Kosten müssen überwälzt werden, irgendjemand trägt diese Kosten; das können wir in Gottes Namen nicht ändern. Daher würde ich Ihnen empfehlen, die Motion nicht anzunehmen. Wir machen nämlich eine Papierübung und werden Ihnen am Schluss aufzeigen, dass Kosten entstehen, die überwälzt werden müssen. Irgendjemand bezahlt sie, und dieser Irgendjemand ist die Bundesverwaltung. Daran können wir einfach nichts ändern.

Daher führt uns die Annahme der Motion nicht weiter. Ich bitte Sie, davon abzusehen. In der Finanzkommission haben Sie ja Möglichkeiten, Probleme bei der Verrechnung oder der Transparenz aufzuzeigen und Veränderungen zu fordern. Das wäre das effizientere Instrument, als die Motion anzunehmen.

### *Abstimmung – Vote*

Für Annahme der Motion ... 22 Stimmen

Dagegen ... 7 Stimmen

(0 Enthaltungen)

AB 2019 S 779 / BO 2019 E 779